

Antrag

der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Den Weg zur Einheit und Demokratisierung in der Republik Moldau unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Moldau wird bald eine gemeinsame Außengrenze mit der Europäischen Union haben. Obwohl es seit der Unabhängigkeit der ehemaligen sozialistischen Sowjetrepublik Moldawien beachtenswerte Fortschritte in der Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft gab, bestehen aufgrund vieler Ursachen große wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme.

Deutschland hat das Interesse, dass in Moldau eine tragfähige wirtschaftliche Basis aufgebaut wird und sich der Demokratisierungsprozess nicht verlangsamt, sondern Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefestigt werden. Um die Unterschiede zur EU nicht größer und die illegale Migration nicht weiter anwachsen zu lassen, muss die Republik Moldau ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und rechtsstaatlichen Strukturen stärken.

Wesentlicher Bestimmungsfaktor künftiger Entwicklung in Moldau ist die Wiederherstellung der Einheit mit dem seit 1991 abgespaltenen und international nicht anerkannten Landesteil Transnistrien. Deutsche und europäische Politik sollte dazu beitragen, die Republik Moldau zu stabilisieren und die Spaltung des Landes zu überwinden.

Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass Deutschland zusammen mit den europäischen und internationalen Partnern sein Engagement für Moldau im Interesse der friedlichen und rechtsstaatlichen Entwicklung des Landes und zur Vermeidung neuer Trennlinien in Europa verstärken muss.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

mit Nachdruck zu dem Aktionsprogramm für Moldau im Rahmen des „Wider Europe“-Konzepts der EU deutsche Vorstellungen einzubringen, um zur stärkeren Anbindung Moldaus an Europa beizutragen.

Für die inhaltliche Ausgestaltung dieses Konzepts fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. sich für Sicherung und Ausbau der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, für die Verbesserung der Lage der Frauen und insbesondere der Personen, die in absoluter Armut in der Republik Moldau leben, einzusetzen. Dafür sollten von der EU in Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat klare Kriterien für die weitere Entwicklung von Demokratie,

Rechtsstaatlichkeit und Menschen- und Grundrechten sowie Minderheitenschutz vorgegeben werden und bestehende Verpflichtungen auf ihre Einhaltung fortwährend kontrolliert werden;

2. dabei die geeigneten Instrumente der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik sowie der internationalen Gebergemeinschaft stärker zum Einsatz zu bringen. Das Engagement muss aufgrund der wirtschaftlich schlechten und innenpolitisch angespannten Lage langfristig sein. Die Vorschläge des Nachbarschaftskonzeptes müssen von Moldau selbst aktiv aufgenommen werden und die EU-Kommission zu einer stärkeren Beachtung Moldaus bei diesen Verhandlungen bewogen werden. Zudem fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich bei den EU-Partnern für ein stärkeres bilaterales Engagement in Moldau einzusetzen;
3. sich für ein wirtschaftliches und soziales Aufbauprogramm der EU in einem wiedervereinigten Moldau einzusetzen;
4. die Regierungen Moldaus und seiner Nachbarstaaten zur konsequenteren Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, des Drogen- und Menschenhandels – auch im grenzüberschreitenden Verkehr – aufzufordern und in diesem Sinne europäische Hilfe anzubieten. Dabei ist neben den bereits ausgesprochenen Einreiseverboten gegen Repräsentanten der Führung Transnistriens auch zu prüfen, inwieweit das Einfrieren von Auslandskonten, die der organisierten Kriminalität nachweislich zuzuordnen sind, eine geeignete Maßnahme darstellt. Ebenso ist zu gegebener Zeit die Unterstützung bei der Ausbildung von Einheiten der Grenzsicherung, des Zolls und der Steuerbehörden Moldaus in Erwägung zu ziehen;
5. sich gegenüber der moldauischen Regierung dafür einzusetzen, dass sich das Land westlichen Organisationen und Unternehmen weiter öffnet und geeignete Rahmenbedingungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen setzt sowie die Rechtssicherheit und einsetzbaren Rechtsinstrumente ausländischer Investoren weiter verbessert;
6. in der OSZE und gemeinsam mit ihren Partnern in der EU die Möglichkeiten eines verstärkten Engagements der EU in Moldau sowie bei der Lösung des Transnistrien-Konflikts zu prüfen und sich insbesondere für die baldige Eröffnung einer Delegation der EU-Kommission in Chisinau einzusetzen;
7. im Rahmen hochrangiger bilateraler Gespräche mit der russischen Regierung die Wiedervereinigung Moldaus regelmäßig auf die Tagesordnung zu setzen und dabei für eine selbstbestimmte Lösung des innerstaatlichen moldauischen Konfliktes einzutreten;
8. sich dafür einzusetzen, dass Russland seine beim OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen zum Abzug seiner Streitkräfte und Waffen aus Moldau umsetzt;
9. sich gegenüber der Regierung der Ukraine dafür einzusetzen, dass sie in europäischer Verantwortung positiv zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts beiträgt;
10. sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der politischen Stiftungen in Moldau einzusetzen, um eine intensive Tätigkeit der Stiftungen zu erreichen;

11. die Regierung der Republik Moldau zu drängen, das bilaterale Luftverkehrsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel einzuhalten, dass der direkte Flugverkehr zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt werden kann;
12. dem Deutschen Bundestag über die Entwicklungen und Ergebnisse ihrer Bemühungen Bericht zu erstatten.

Berlin, den 5. Mai 2004

Franz Müntefering und Fraktion

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

